

AUSGABE 4 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Wärmewende: Städte wollen Energie-Mix und längere Fristen für Heizungstausch

Geflüchtete: Bund-Länder-Treffen im Mai muss konkrete Ergebnisse liefern

Fachkräftemangel in Kitas: „Wir brauchen schnelle Reformen“

E-Scooter: „Wir brauchen klare Spielregeln“

Ausländerbehörden stark belastet

AUS DEN STÄDTEN

Wuppertal soll BUGA-Stadt 2031 werden

Würzburg: Baumscheibenpatenschaften verbessern Stadtgrün

Verkehrsmuseum Dresden: Sonderausstellung zur Verkehrswende

FORUM

Tag der Städtebauförderung: Ulm feiert das aus gutem Grund

Wärmewende: Städte wollen Energie-Mix und längere Fristen für Heizungstausch

Das Bundeskabinett hat im April eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes beschlossen. Der Gesetzentwurf von Bundeswirtschafts- und Bundesbauministerium sieht vor, bei Heizungen von Gebäuden eine bestimmte Quote Erneuerbarer Energien vorzusehen. Die Städte fordern den Bund auf, für die Modernisierung der Heizungen längere Fristen vorzusehen. Außerdem müsse es eine echte Technologieoffenheit für neue Heizungssysteme geben, die nicht nur auf dem Papier steht.

„Wir wissen, dass wir jetzt die Weichen für die klimaneutrale Wärmeversorgung stellen müssen. Aber die noch so richtigen Ziele laufen ins Leere, wenn Handwerker und geeignete Heizsysteme fehlen, Fristen zu eng sind und Kosten in die Höhe schnellen und damit die Menschen insgesamt überfordert werden. Für die Städte ist wichtig, dass der Weg in eine klimaneutrale Wärmeversorgung vor Ort mit machbaren Fristen und einem Technologie-Mix beschritten werden kann“, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen

Städtetages, anlässlich der Kabinettsentscheidung gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

Er warnte davor, bei der Wärmewende allein auf die Wärmepumpentechnologie zu fokussieren: „Für viele Wohngebiete, gerade im Neubau, ist die Wärmepumpe eine gute Option. Unsere Sorge sind die vielen Millionen Häuser im Bestand. Denn eine Wärmepumpe arbeitet aktuell nur in hochgedämmten Gebäuden effizient. Und das heißt, alte Häuser brauchen neue Fenster, gedämmte Fassaden und Dächer, große Heizflächen in Fußböden oder Wänden und erschwingliche Strompreise. Das alles wird nicht überall möglich sein. Und schon gar nicht in kurzer Zeit. Wir brauchen daher dringend längere Übergangsfristen für den Gebäudebestand.“

Für größere Gebäude wie Schulen, Turnhallen, Krankenhäuser oder Verwaltungsgebäude brauche es andere Lösungen. „Sie sind bislang mit Wärmepumpen kaum beheizbar. Deswegen brauchen wir eine echte Technologieoffenheit, die nicht nur auf dem Papier steht. Die Wärmepumpe dort, wo sie effizient arbeiten kann, aber auch ausgebaute Wärmenetze, Abwärme von Industrie oder Geothermie. Es gibt viele Technologien. Warum sollen Gebäude, die ans Erdgasnetz angeschlossen sind, nicht künftig mit Wasserstoff heizen können, gerade dann, wenn ansässige Industrie und Gewerbe ohnehin Wasserstoff als Perspektive benötigen“, so Dedy. Deshalb müsse der Bund die Übergangsfristen erweitern, etwa für den Fall eines künftigen Fernwärme-Anschlusses oder für die Wärmeversorgung mit grünem Gas. Außerdem müssten Eigentümerinnen und Eigentümer, kommunale Wohnungsunternehmen und Städte gut beraten und unterstützt werden. „Sonst wird der Ausstieg aus den fossilen Energien von den Menschen nicht akzeptiert“, sagte Dedy.



Foto: stock.adobe.com, Kzenon

Foto: Michael Bader



„Die Kommunen brauchen keine pauschale Beteiligung des Bundes oder der Länder, sondern eine, die sich an der Entwicklung der Flüchtlingszahlen orientiert.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

Geflüchtete: Bund-Länder-Treffen im Mai muss konkrete Ergebnisse liefern

Am 10. Mai treffen sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz, um über die Lage von Geflüchteten in Deutschland zu beraten. Die Städte haben klare Erwartungen an das Treffen – vor allem eine spürbare finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, die sich den steigenden Flüchtlingszahlen anpasst.

„Die Städte sind weiter bereit, geflüchteten Menschen Schutz zu bieten und ihnen zu helfen. Dafür engagieren sich tagtäglich sehr Viele vor Ort. Aber es fehlt inzwischen an Wohnungen, Kita- und Schulplätzen und an Personal, das alles brauchen wir für die Integration der Geflüchteten. Deshalb muss der Gipfel am 10. Mai konkrete Ergebnisse liefern, die die Städte spürbar unterstützen und finanziell entlasten“, sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig den Zeitungen der Funke Mediengruppe mit Blick auf die Sonder-MPK. „Wir erwarten auch die klare Aussage, dass sich die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern dynamisch an die steigenden Flüchtlingszahlen anpasst.“

Die derzeitige Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten basiere auf einer Vereinbarung von November 2022. Mittlerweile sei aber klar, „dass viel mehr Flüchtlinge bei uns Schutz suchen als damals angenommen“, so Jung. „Aus der Ukraine sind mittlerweile über 1,1 Millionen Menschen registriert. Gleichzeitig steigen die Zahlen der Asylanträge aus anderen Ländern wieder deutlich an von knapp 190.000 im Jahr 2021 auf etwa 240.000 im Jahr 2022 und in diesem Jahr werden es wohl noch deutlich mehr. Die Kommunen brauchen keine pauschale Beteiligung des Bundes oder der Länder, sondern eine, die sich an der Entwicklung der Flüchtlingszahlen orientiert. So eine Regelung hatten wir bis 2021.“



Fachkräftemangel in Kitas: „Wir brauchen schnelle Reformen“

Der Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern sorgt immer wieder dafür, dass Betreuungszeiten in Kitas eingeschränkt werden müssen. Die Städte suchen dringend Personal – Bund und Länder müssen jetzt handeln.

In vielen Kitas hat der wachsende Personal-mangel Konsequenzen. „Es wird immer schwieriger, die Betreuungszeiten anzubieten, die die Eltern für ihre Kinder brauchen. Gerade in Krankheitsphasen reicht die Personaldecke oft nicht mehr, um die Betreuung aufrecht zu erhalten. Das schafft viel Frust bei den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern“, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber der Süddeutschen Zeitung.

„Wir brauchen nun Tempo und schnelle Reformen, damit mehr Personal in der Kinderbetreuung starten kann. Die Länder müssen rasch mehr Ausbildungskapazitäten schaffen. Und das Schulgeld an den Fachschulen muss bundesweit

fallen. Erzieherinnen und Erzieher müssen schon während ihrer Ausbildung eine Vergütung erhalten. Wir brauchen mehr Anerkennung für das Berufsbild und mehr Einstiegschancen.

Dazu gehört auch, im Ausland erworbene Fachabschlüsse schneller anzuerkennen. Hier gibt es noch viel ungenutztes Potenzial. Und es geht auch darum, mehr Quereinsteiger zu gewinnen, indem wir Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen. Darüber hinaus würde es den Kitas helfen, wenn sie zusätzliche geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ohne Fachausbildung zur Unterstützung einsetzen könnten.

Dafür müssen Bund und Länder die notwendigen Voraussetzungen schaffen und die Städte beteiligen. Wir müssen jetzt handeln, denn der Personalbedarf wird mit dem Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern weiter steigen. Es darf nicht dazu kommen, dass sich Einrichtungen gegenseitig die Fachkräfte abwerben.“

E-Scooter: „Wir brauchen klare Spielregeln“

Anfang April hat sich eine deutliche Mehrheit bei einer Bürgerbefragung in Paris für ein Verbot von E-Scooter-Verleih ausgesprochen. Auch wenn die Wahlbeteiligung nur bei knapp acht Prozent lag, hat die Bürgermeisterin der französischen Hauptstadt Anne Hidalgo angekündigt, das Votum umzusetzen. Seit der Pariser Entscheidung wird auch in Deutschland wieder vermehrt über E-Scooter in Städten diskutiert.

Es gehe nicht um ein Verbot von E-Scooter-Verleih, „aber wir brauchen klare Spielregeln und mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen“, sagte Verena Göppert, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages. „Die Städte wollen Abstellchaos vermeiden und für mehr Verkehrssicherheit sorgen. Beides ist möglich, wenn Bund und Länder die rechtlichen Rahmenbedingungen für den E-Scooter-Verleih ergänzen. Die Länder sollten allen Städten die Möglichkeit geben, für E-Scooter im öffentlichen Raum eine Sondernutzungs-genehmigung zu verlangen. Dann könnten die Städte wie beim Car-Sharing nach objektiven Kriterien auswählen, welche Anbieter

vor Ort ihre Roller vermieten dürfen und welche Regeln dafür gelten. Bisher ist das nur in einigen Ländern möglich – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen“, so Göppert.

Es müsse klar sein, wo und wie viele Roller abgestellt werden können. „Dazu ist der Bund gefragt, die Straßenverkehrsordnung und die Verordnung für Elektrokleinstfahrzeuge anzupassen. Der Bund sollte außerdem das sogenannte Geofencing ausdrücklich zulassen, um die Geschwindigkeit der Roller in bestimmten Bereichen aus Gründen der Verkehrssicherheit automatisch zu drosseln – etwa in Parks oder Fußgängerzonen. Mit Geofencing kann zum Beispiel auch verhindert werden, dass ein E-Scooter-Nutzer eine Fahrt auf einem Platz beendet, auf dem das Abstellen verboten ist. Die Anbieter können sogar feststellen, ob ein Roller umgefallen ist und zur Stolperfalle wird. Viele Anbieter schöpfen diese technische Möglichkeit schon heute so weit wie möglich aus. Für solche Fälle braucht es dennoch klare zeitliche Vorgaben an die Anbieter, bis wann sie diese Gefahr für Fußgänger und Radfahrer beseitigen müssen“, erklärte Göppert.



E-Scooter sind in vielen Städten im Straßenbild präsent – der Städtetag fordert von Bund und Ländern klarere Regeln (Foto: Tobias Fricke)

Ausländerbehörden stark belastet

Ende 2022 ist das Gesetz zum Chancen-Aufenthaltsrecht in Kraft getreten. Menschen, die mit einer Duldung in Deutschland leben, können seitdem einen Antrag auf ein Chancen-Aufenthaltsrecht stellen. Dann können sie innerhalb von 18 Monaten die Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erfüllen. Bei den kommunalen Ausländerbehörden sorgt das für eine zusätzliche Belastung.

Seit Jahren steigen die Fallzahlen in den Ausländerbehörden an, weil immer mehr Menschen nach Deutschland zuwandern, darunter über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine. Außerdem wurde in den vergangenen Jahren das Aufenthaltsrecht zum Teil grundlegend geändert. „Das führt zu immer komplexeren und aufwändigen Regelungen. Lange Wartezeiten auf Termine und bei Entscheidungen der Ausländerbehörden sind die Folge“, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber der WELT AM SONNTAG.

Die Belastung der Ausländerbehörden habe sich Anfang des Jahres durch das Chancen-Aufenthaltsrecht weiter erhöht, so Dedy. „Viele Betroffene stellen neue Anträge und erwarten, dass zeitnah über ihren Antrag entschieden wird. Das ist derzeit nicht überall realisierbar. Der Städtetag hat im Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich auf mehr Vorbereitungszeit gedrängt, ohne Erfolg. Die Folgen sehen wir jetzt vor Ort: Die Antragstellenden und die Mitarbeitenden in den kommunalen Ausländerbehörden sind die Leidtragenden, der Druck auf die Ausländerbehörden wächst zunehmend. Was wir jetzt brauchen, ist eine schnelle Initiative des Bundes zur Vereinfachung des Aufenthaltsrechtes. Es muss gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen verschlankt und praxistauglich ausgestaltet werden.“ Die Abläufe müssten vereinfacht werden, damit Ausländer- und auch Einbürgerungsbehörden ihre Aufgaben gut erfüllen können.“

TITELFOTO

Wettbewerb „Lieblingsbusfahrer:in gesucht!“ gestartet

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat gemeinsam mit weiteren Verbänden und Unternehmen im April den Wettbewerb „Lieblingsbusfahrer:in gesucht!“ gestartet. Noch bis zum 30. Juni 2023 können Fahrgäste deutschlandweit ihre Lieblingsbusfahrerinnen und -busfahrer nominieren und dazu eine persönliche Bus-Geschichte oder -Anekdote erzählen. Die Bus-Geschichten können über die Webseite www.lieblingsbusfahrerIn.de eingereicht werden. Fahrgäste, die sich beteiligen und ihren Busfahrerinnen und -busfahrern Danke sagen möchten, können dort ihre Erfahrung mitteilen und ihre Favoriten nominieren. „Ohne die rund 100.000 Busfahrerinnen und Busfahrer fährt kein einziger Bus in Deutschland. Es ist an der Zeit, viel deutlicher Danke zu sagen, unsere Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Es ist ein herausfordernder, aber auch vielfältiger, sinnstiftender Beruf“, sagt Werner Overkamp, Vizepräsident des VDV. Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative von VDV, Fahrgastverband PRO BAHN, DB Regio und Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen.

➔ www.lieblingsbusfahrerIn.de

(Foto: VDV)

Der Traum von staufreien Städten

Flüssiger Verkehr, weniger Emissionen dank intelligenter Verkehrslenkung

Der Einsatz digitaler Technologien wird immer wichtiger, um CO₂-Emissionen zu reduzieren und die angestrebte Verkehrswende zu schaffen.

Mit dem Drei-Stufen-Plan für den smarten Stadtverkehr können rasche Erfolge beim Klimaschutz erzielt werden. Dabei vernetzt man die Fahrzeuge, Verkehrsteilnehmer und straßenseitige Infrastruktur intelligent miteinander.

1 Vernetztes Fahren

Intelligente, mit der Ampelsteuerung verknüpfte Navigation kann die Emissionen im Straßenverkehr bis zu 25 Prozent verringern und die Reisezeit um 15 Prozent reduziert werden.

2 Intelligente Straßen

Integriertes Mobilitäts-Management verwendet die Daten aus Verkehrssystemen und Fahrzeugen zur automatisierten Entscheidung in Echtzeit. Der Verkehrsfluss wird nochmals erheblich verbessert und Staus werden vermieden bevor sie auftreten.

3 Intelligente Mobilitätsbepreisung und Anreizsysteme

Die digitale Vernetzung und der Einsatz von Machine Learning und Verkehrsprognose sorgen für faire Tarife, ein besseres Reiseerlebnis und staufreien Verkehr in den Städten. Die Bepreisung wird individuell und flexibel gestaltet und berücksichtigt mehrere Faktoren wie Stoßzeiten, Schadstoffemissionen eines Fahrzeugs, den wirtschaftlichen Status der Fahrer oder die zurückgelegte Strecke.

Kapsch TrafficCom ist ein verlässlicher Partner der Stadtverwaltungen und regionalen Behörden weltweit. Etwa 200 Städte weltweit profitieren bereits von unseren intelligenten Verkehrsmanagement- und Mobilitätslösungen.

Deutscher Städtetag

42. Hauptversammlung

von 23. bis 25. Mai 2023

Messe Köln, Halle 11.3

Stand B22

Kapsch TrafficCom ist
ein Offizieller Partner





Der Luisenpark, Teil der BUGA 23 in Mannheim (Foto: BUGA 23, Daniel Lukac)

Wuppertal soll BUGA-Stadt 2031 werden

Die Stadt Wuppertal und die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft haben mit der Beurkundung eines Gesellschaftsvertrages und der Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages ihre gemeinsamen Pläne für eine Wuppertaler Bundesgartenschau (BUGA) im Jahr 2031 besiegelt. Jetzt soll eine von beiden Partnern getragene „BUGA Wuppertal 2031 gGmbH“ gegründet werden. Oberbürgermeister Uwe Schneidewind sieht in der BUGA die Chance auf einen Stadtentwicklungsmotor für ganz Wuppertal. „Es wird die erste BUGA sein mit einem historischen Bahnhof als zentralem Empfangsort: Wir werden aus dem städtebaulichen Juwel mit viel Potenzial, aber auch viel Investitionsbedarf, einen Ankunftsort und Mobilitätshub der Zukunft gestalten“, so Schneidewind. Das sei „ein gutes Beispiel, wie wir mit der BUGA als Motor eine Entwicklung voranbringen können, die weit über die BUGA hinausreicht.“ Die diesjährige Bundesgartenschau 2023 ist im April in Mannheim eröffnet worden.

Würzburg: Baumscheibenpatenschaften verbessern Stadtgrün

Auf Initiative des BUND Naturschutz Würzburg ermöglicht die Stadt Würzburg ihren Bürgerinnen und Bürgern, eine offizielle Patenschaft für die Baumscheibe eines Stadtbaumes zu übernehmen. Die Patinnen und Paten der Baumscheiben – also des Bereichs unmittelbar um den Baumstamm – dürfen die Fläche selbstständig begrünen und bepflanzen und kümmern sich gleichzeitig um Pflege und Bewässerung. Die Stadt Würzburg will Bürgerinnen und Bürgern damit die Möglichkeit geben, urbanes Grün mitzugestalten. So entstehen abwechslungsreiche und individuell gestaltete Kleinflächen, die die Artenvielfalt in der Stadt erhöhen und das Wohnumfeld verschönern. „Baumscheibenpatenschaften sind der sichtbare Ausdruck einer großen Wertschätzung für die städtische Natur. Sie sind Beweis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Umweltbewusstsein haben“, so Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Aktuell gibt es in Würzburg bereits 16 aktive Personen oder Gruppen, die Baumpatenschaften für eine oder mehrere Baumscheiben übernommen haben.

➔ www.wuerzburg.de/baumscheibenpatenschaft

Freiburg und Ludwigsburg gewinnen Förderwettbewerb zu Klimaneutralität

Herausragendes kommunales Engagement bei Leseförderung

Projekte aus Hannover, München und Lübeck sind unter den Gewinnern des Deutschen Lesepreises 2023. In der Kategorie „Herausragendes kommunales Engagement“ ist das „Salto Wortale – Kinderliteraturfestival im Zirkuszelt“ aus Hannover mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. Auf Platz zwei: die Münchener Kinderbücherei im Dr. von Haunerschen Kinderspital LMU-Klinikum mit der Initiative „Lesen hilft – Lesen heilt“. Bronze geht an den Verein Bücherpiraten aus Lübeck für die Aktion „Wir teilen Geschichten“. Der Deutsche Lesepreis ist eine Initiative der Stiftung Lesen und der Commerzbank-Stiftung. Der Deutsche Städtetag gehört zu den Unterstützern und ist Kategoriepartner der Kategorie „Herausragendes kommunales Engagement“. Noch bis zum 30. Juni 2023 läuft die Bewerbungsfrist für den Deutschen Lesepreis 2024, bei der sich auch wieder kommunale Projekte bewerben können.

➔ www.deutscher-lesepreis.de

Die Städte Freiburg und Ludwigsburg gehören zu den Gewinnern des kommunalen Förderwettbewerbs „Auf dem Weg zur Klimaneutralität“ des Landesumweltministeriums Baden-Württemberg. Ausgewählt wurden Kommunen, die „konsequent und nachvollziehbar bis 2035 das Ziel der Klimaneutralität erreichen wollen“, bezogen auf den Endenergieeinsatz. Für ihre ambitionierten Klimaschutzpläne werden die vier Gewinnerkommunen – neben Freiburg und Ludwigsburg auch die Gemeinde Denzlingen und der Landkreis Calw – nun vom Land finanziell unterstützt. Insgesamt stehen Mittel von 11,5 Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung.

Verkehrsmuseum Dresden: Sonderausstellung zur Verkehrswende



Der „Future Mobility Simulator“ im Verkehrsmuseum Dresden (Foto: Philipp Herfort Photography)

Die kürzlich eröffnete Sonderausstellung „MOVE! Verkehr macht Stadt“ im Verkehrsmuseum Dresden nimmt die Verkehrswende in Städten und Gemeinden in den Blick. Mit diversen Exponaten und interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten für die Besucherinnen und Besucher zeigt das Verkehrsmuseum, welche Ideen und Versuche es gibt, um städtisches Leben und Verkehr wieder stärker in Einklang zu bringen – technisch, städteplanerisch und gesellschaftlich. Die Ausstellung will dazu anregen darüber nachzudenken, was eine lebenswerte Stadt ausmacht und wie wir künftig leben wollen. Sie läuft noch bis zum 7. Januar 2024.

➔ www.verkehrsmuseum-dresden.de

Tag der Städtebauförderung: Ulm feiert das aus gutem Grund

Die Auftaktveranstaltung zum bundesweiten Tag der Städtebauförderung ist in diesem Jahr ein großer Tag in Ulm. Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg, und Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch sind am 13. Mai im Sanierungsgebiet der Ulmer Weststadt unterwegs und eröffnen das Frühlingsfest auf dem Agnes-Schultheiß-Platz.

Stadtsanierung mithilfe der Städtebauförderung hat in Ulm eine lange Tradition. Kontinuierlich seit 1977 profitiert die Stadt von diesen Förderzuschüssen. Mehr als 130 Millionen Euro flossen seither bereits

in Ulmer Quartiere. Die Projekte dazu werden unter der Regie einer eigens hierfür gegründeten, städtischen Tochtergesellschaft betrieben.

Auch in der Ulmer Weststadt ist mithilfe der Städtebauförderung bereits vieles erreicht und auch verstetigt worden: Die neue und mittlerweile von den Bewohnerinnen und Bewohnern gut angenommene Quartiersmitte wird durch zahlreiche Orte, Gebäude und Angebote bestimmt. Dazu gehören der Agnes-Schultheiß-Platz, das Weststadthaus mit der Stadtteilbibliothek und dem Quartierstreff KaffeeZeit, die Weststadthalle, ein Kinder- und Familienzentrum, das Westbad und dem weitläufigen Weststadtpark. Im Jahr 2018 kam ein Neubau





Sanierungsgebiet
Wengenviertel: Stadt-
garten Auf dem Graben
(Foto: Stadtarchiv Ulm)

Neubau: Wohnen für
Geflüchtete (Foto: Sanie-
rungstreuhand Ulm)

links: Agnes-Schultheiß-
Platz: Neue Quartiersmitte
(Foto: Stadtarchiv Ulm)



für geflüchtete Menschen hinzu in dessen Erdgeschoss ein Dienstleistungszentrum des Ulmer Sozialbereichs Platz fand. Das Gelände war ehemals ein Parkplatz.

Nicht nur Bundesmittel für Städtebau-förderung flossen nach Ulm. In den zurückliegenden 22 Jahren haben Bund und Land zusammen mit der Stadt Ulm fast 32 Millionen Euro für die Entwicklung des Ulmer Westens bereitgestellt. Die Kosten wurden dabei im Verhältnis 60/40 zwischen Bund/Land und Kommune aufgeteilt.

Doch nicht nur die schöne Quartiersmitte der Weststadt konnte mit Mitteln der Städtebauförderung neugestaltet werden. In der gesamten Stadt Ulm haben 45 Jahre Stadt-sanierung mithilfe der Städtebauförderung bemerkenswerte Orte geschaffen.

In den vergangenen Jahren lag ein Fokus auf dem hochwertigen Umbau des öffentlichen Raums. So wurden etwa als Ausgleich für die voranschreitende Nachverdichtung der Ulmer Innenstadtquartiere viele neue

Grün- und Freiflächen geschaffen. Beispiele dafür sind die Stadtgärten „Auf dem Graben“ und „Im Irrgänge“ im Sanierungsgebiet „Wengenviertel“ oder der Quartiersgarten im Sanierungsgebiet „Dichterviertel“. Letzterer enthält auch Finanzmittel aus der Nichtinvestiven Städtebauförderung (NIS).

Gerade die zurückliegenden Monate der Pandemie zeigten sehr deutlich, wie wichtig diese grünen Inseln im Stadtgebiet sind. Sie übernehmen mannigfaltige Funktionen für Mensch und Umwelt und haben positive Effekte auf das Leben in der Stadt und das Stadtklima. Nicht nur in den belastenden Situationen der Pandemie bieten sie niederschwellige und kostenlose Möglichkeiten für die Menschen, mal innezuhalten und Kraft zu schöpfen oder auch sich Draußen zu bewegen und Luft und Leben zu genießen.



Fachveröffentlichung: Regulierung von E-Scootern

Wie lässt sich Mikromobilität in den Städten rund um neue Mobilitätsformen wie E-Scooter organisieren? Welche Rolle spielen solche Angebote im Kontext einer nachhaltigen, effizienten, barrierefreien, intelligenten, innovativen und bezahlbaren Mobilität für alle? Welche internationalen Best-Practice-Beispiele gibt es? Mit der Erörterung von Fragen wie diesen will die Publikation die Diskussion bereichern und zum Austausch von Wissen und Ideen in diesem Verkehrsbereich beitragen.

➔ www.staedtetag.de/publikationen



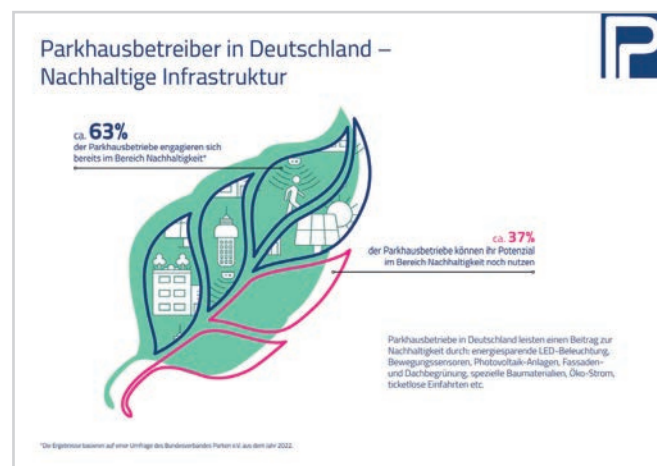
Entwicklungstendenzen am Markt für Wohnimmobilien

Wie hat sich der Markt für Wohnimmobilien 2022 entwickelt? Fragen dazu hat der Deutsche Städtetag Anfang des Jahres seinen Mitgliedsstädten ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in einer Blitzumfrage gestellt. Insgesamt 105 Städte beteiligten sich. Die Ergebnisse finden sich nun in der vorliegenden Publikation. Eine Auffälligkeit ist, dass im Vergleich zum Vorjahr mit 51 Prozent deutlich weniger Städte steigende Preise bei den bebauten Mehrfamilienhausgrundstücken meldeten als im Vorjahr. Da waren es noch 88 Prozent.

➔ www.staedtetag.de/publikationen

Parkhäuser werden nachhaltiger

63 Prozent der Parkhausbetreiber engagieren sich in Sachen Nachhaltigkeit. Sie nutzen in ihren Objekten energiesparende LED-Beleuchtung, Bewegungssensoren, Photovoltaik-Anlagen, Fassaden- und Dachbegrünung, spezielle Baumaterialien und Öko-Strom. Zudem werden rund 5.700 E-Ladepunkte angeboten. Bis 2025 sollen weitere 11.400 Ladepunkte hinzukommen. Die Ergebnisse stammen aus einer Umfrage des Bundesverbandes Parken e.V. unter 200 Mitgliedsunternehmen.



Grundsätze für das „Neue Kommunale Finanzmanagement“



Wie bilanzieren Sie in der kommunalen Verwaltung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung? Dieses Lehrbuch vermittelt in einer rundum aktualisierten Auflage das nötige Fachwissen für die erfolgreiche Anwendung des Neuen Kommunales Finanzmanagements (NKF). Es berücksichtigt auch Weiterentwicklungen des NKF etwa zum Vorsichtsprinzip, dem Komponentenansatz und den pandemiebedingten Sonderregelungen. Hinzu kommen viele Übungen, relevante Gesetzestexte und Musterdokumente.

➔ www.esv.info

Deutscher Städtetag



Foto: Stadt Mannheim

Finanzausschuss: Zum neuen Vorsitzenden des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages wurde **Christian Specht**, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim, gewählt. Specht ist seit 2005 Mitglied und war bereits seit 2016 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Zu seiner Stellvertreterin wurde Stadtkämmerin Dorothee Schneider, Landeshauptstadt Düsseldorf, gewählt.



Foto: The Point of View, Iona Steizl

Specht folgt auf den langjährigen Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg, **Harald Riedel**, der im Mai in den Ruhestand geht. Seit 2008 engagierte sich Riedel im Finanzausschuss des Deutschen Städtetages. Im Jahr 2015 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und bereits im nächsten Jahr zum Vorsitzenden des Fachausschusses und damit auch Mitglied im Haupt-

ausschuss des Deutschen Städtetages. Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages bedankte sich in seiner letzten Sitzung nachdrücklich für seine Unterstützung und freut sich, dass er nunmehr ein würdiger Träger der „Karl-Freiherr-vom-Stein-Medaille“ ist. Riedel war stets ein enger Gesprächspartner und Ratgeber für die Kolleginnen und Kollegen der Hauptgeschäftsstelle und in den Städten. Er hat die kommunale Finanzpolitik bundesweit geprägt und den Finanzausschuss durch seinen Vorsitz als kollegiales und meinungsstarkes Gremium geprägt. Von den Mitgliedern wurde er mit Standing Ovations verabschiedet.

Neu im Amt



Foto: Sandra Kühnapfel

Darmstadt: Hanno Benz wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt gewählt. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 25. Juni an und folgt auf Jochen Partsch (Bündnis 90/Die Grünen), der sich nicht mehr zur Wahl stellte. Partsch leitet die Geschicke der Stadt Darmstadt seit 2011 und engagiert sich seit 2011 auch im Präsidium und seit 2021 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Matthias Eckert

Andreas Bausewein, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt, feiert am 5. Mai seinen 50. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2006 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagiert sich ebenfalls seit 2006 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Herne, Frank Diepper

Der Oberbürgermeister der Stadt Herne, **Dr. Frank Dudda**, begeht am 15. Mai seinen 60. Ehrentag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Herne.



Foto: Juri Junkov

Oberbürgermeister **Jörg Lutz** (parteilos), Stadt Lörrach, wird am 10. Mai ebenfalls 60 Jahre alt. Er steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Lörrach.



Foto: Presse- und Informationsamt München, Michael Nagy

Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, feiert am 19. Mai seinen 65. Ehrentag. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze und ist seit 2016 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Baden-Baden

Der Oberbürgermeister von Baden-Baden, **Dietmar Späth** (parteilos), wird am 16. Mai 60 Jahre alt. Die Geschicke der Stadt Baden-Baden leitet Späth seit 2022.



Foto: Kellermanns | Fotograf Wittichenau

Oberbürgermeister **Torsten Ruban-Zeh**, Stadt Hoyerswerda, begeht am 22. Mai seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Hoyerswerda.



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de